

Noch vor wenigen Jahren herrschte unter den Beobachtern der deutsch-polnischen Beziehungen die Ansicht vor, dass sich die kommenden Debatten in der Tendenz mit den künftigen Herausforderungen, etwa mit Polens Rolle in der EU, befassen würden. Basil Kerski konstatiert heute eine andere Entwicklung: Seiner Meinung nach dominieren Geschichte und Erinnerungskulturen nach wie vor die Muster gegenseitiger Wahrnehmung.

BASIL KERSKI

Geschichte und Erinnerung in den aktuellen politischen Debatten zwischen Deutschen und Polen

I.

Es war ein Gipfeltreffen der besonderen Art. Im Oktober 2000 begegneten sich Günter Grass, Czesław Miłosz und Wisława Szymborska, drei Literaturnobelpreisträger aus Polen und Deutschland, sowie der litauische Dichter Tomas Venclova in Wilna, der Hauptstadt Litauens. Zehn Jahre, nachdem Litauen seine Unabhängigkeit zurückerlangt hatte, sprachen diese vier Dichter über die »Zukunft der Erinnerung«. Nicht nur der literarische Rang der Autoren machte diese Begegnung zu einem besonderen Ereignis. Noch in den achtziger Jahren wäre in der damals zur Sowjetunion gehörenden Stadt eine öffentliche Veranstaltung mit den damals verfemten Exilschriftstellern Venclova und Miłosz nicht möglich gewesen und das Thema der Veranstaltung ein Tabu. Für Czesław Miłosz war es eine Reise in die geliebte Stadt seiner Jugend. Vor dem Krieg lag Wilna auf polnischem Staatsgebiet. Die multikulturelle Stadt galt nicht nur als wichtiges Zentrum des Ostjudentums, als Jerusalem des Nordens, sondern war eine wichtige Kulturmetropole für Polen und Litauer. An der Stefan Batory-Universität hatte Miłosz Jura studiert, in Wilna debütierte er als Dichter. In seiner Wil-

naer Rede am Ende des »Jahrhunderts der Extreme« (Eric Hobsbawm) erinnerte Miłosz an den multikulturellen Charakter der litauischen Hauptstadt und warnte sowohl Litauer als auch Polen davor, das kulturell vielschichtige Erbe dieser Stadt durch eine einseitige nationale Erinnerung zu verdrängen. Wilna sei wie andere vormals multiethnische Metropolen Mitteleuropas die Heimat vieler Völker, wobei keine Nation ein alleiniges Anspruchsrecht auf das kulturelle Erbe der Stadt habe: Wilna »ist meine Stadt, und zugleich ist sie es nicht«¹.

Miłosz und Venclova wagten, präzise Antworten auf die Frage zu geben, welchen Charakter kollektives Erinnern in Mitteleuropa in Zukunft haben sollte. Noch ganz im Glauben an die grundlegende Bedeutung des Erbes der Aufklärung, plädierte Miłosz für ein kollektives Gedächtnis, das der »historischen Wahrheit« verpflichtet ist, einer Wahrheit, die er in »gewissen Grenzen für möglich und zudem für sehr notwendig«² erachtet. Mit »historischer Wahrheit« meint Miłosz ein Erinnern, das sich nicht auf die jeweilige nationale Perspektive beschränkt, sondern vielfältige Perspektiven nebeneinander akzeptiert, voller Empathie für andere nationale Gruppen und Erinnerungsformen ist. Ein Modell für diese Form der Erinnerung sieht Miłosz in der Entwicklung der polnischen Literatur im letzten Jahrzehnt, in der offenen Auseinandersetzung mit den ethnischen Säuberungen im Herzen Europas: »In der polnischen Literatur lässt sich bemerken, wie beständig das Trauma der Vertreibung geblieben ist. Gleichzeitig gibt es den Versuch, eigene Wurzeln an einem neuen Ort zu finden: durch geistige Begegnung mit den Menschen der Vergangenheit, die einst durch dieselben Straßen gelaufen sind. Ein Pole in Danzig zum Beispiel wird mit der deutschen Kultur konfrontiert, die sich jahrhundertlang aufgeschichtet hat und die in jedem architektonischen Detail anwesend ist. Die Vergangenheit, die sich bei jedem Schritt durch Danzig oder Wilna in Erinnerung bringt, verlangt nach Wahrhaftigkeit, wenn wir über das, was war, nachdenken und schreiben. Das Verschwinden des kommunistischen Polen, das propagandistisch »die wiedergewonnenen urpolnischen Lande« pries, hat diese Wahrhaftigkeit erleichtert. Die Polen, die sich als Danziger oder Breslauer fühlen, weil sie in diesen Städten ihre Kindheit und Jugend verbrachten,

1 Günter Grass, Czesław Miłosz, Wisława Szymborska, Tomas Venclova: Die Zukunft der Erinnerung. Göttingen 2001, S. 53.

2 Ebenda, S. 43.

scheinen Achtung für das Erbe zu lernen. Und dieses Erbe verdanken sie der Arbeit von vielen deutschen Generationen.«³

Für einen ähnlichen Umgang mit der Geschichte, voller Empathie für das Leiden anderer und gegen eine selektive Form von Erinnerung, plädierte auch Miłosz's Freund, der in den USA lebende litauische Dichter Tomas Venclova. Selektive Erinnerung sei nicht nur das Problem autoritärer Gesellschaftsformen, so Venclova, sondern auch das junger Nationalstaaten – indem das Erinnern zu einem Feiern von Jubiläen, zum endlosen Zurschaustellen der eigenen Wunden, zur gegenseitigen Aufrechnung und zum Wettbewerb im Märtyrertum verkomme. Er wünschte seinen Landsleuten und anderen Nationen ein furchtloses Erinnern, in dem nicht nur das Sich-Vergegenwärtigen der eigenen Leiden, sondern auch das der eigenen Vergehen und der eigenen Schuld Platz findet.

Dieser trilaterale Meinungsaustausch in Wilna wurde auch dank der Rede von Günter Grass zu einem besonderen Ereignis. Wie schon in früheren Reden sprach Grass von seinen persönlichen Erfahrungen mit dem Verlust der Heimat, vom zwanghaften Erinnern als Quelle des Schreibens. Das besondere an der Wilnaer Rede aber war sein Plädoyer, den zivilen deutschen Opfern des Zweiten Weltkrieges eine deutlich vernehmbare Stimme zu geben, diesem Leiden in der deutschen Literatur mehr Interesse zu schenken, als bislang geschehen: »Merkwürdig und beunruhigend mutet dabei an, wie spät und immer noch zögerlich an die Leiden erinnert wird, die während des Krieges den Deutschen zugefügt wurden. Die Folgen des bedenkenlos begonnenen und verbrecherisch geführten Krieges, nämlich die Zerstörung deutscher Städte, der Tod Hunderttausender Zivilisten durch Flächenbombardierung und die Vertreibung, das Flüchtlingselend von zwölf Millionen Ostdeutschen, waren nur Thema im Hintergrund. Selbst in der Nachkriegsliteratur fand die Erinnerung an die vielen Toten der Bombennächte und Massenflucht nur wenig Raum. Ein Unrecht verdrängte das andere. Es verbot sich, das eine mit dem anderen zu vergleichen oder gar aufzurechnen.«⁴

Die Wilnaer Rede war quasi die intellektuelle Vorankündigung der Gustloff-Novelle »Im Krebsgang«, die anderthalb Jahre später, Anfang 2002, auf den deutschen Buchmarkt kam und zu einem international viel beachteten

3 Ebenda, S. 53f.

4 Ebenda, S. 32f.

Ereignis wurde. Die Novelle traf den Nerv der Zeit, Grass bewies erneut sein Talent, zum richtigen Zeitpunkt mit dem richtigen Buch präsent zu sein und die intellektuellen Debatten Deutschlands maßgeblich zu prägen. Unabhängig von der Grass-Novelle hatten beide Kanäle des öffentlich-rechtlichen Fernsehens in Deutschland Dokumentarserien über die Vertreibungen der Deutschen aus Osteuropa nach 1945 gesendet, die auf ungewöhnlich großes Zuschauerinteresse stießen. Dieser mediale Erfolg zog das Hamburger Magazin DER SPIEGEL an, das dem Fluchtdrama der Deutschen eine ganze Serie widmete und Parallelen zu den ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien zog. Photos von der Tragödie bosnischer Zivilisten wurden neben historischen Aufnahmen deutscher Flüchtlingstrecks veröffentlicht. Nachdem die erste Welle von Publikationen und Filmen zum Vertreibungsthema vorbei war und das deutsche intellektuelle Leben wieder ganz vom Nahostkonflikt und der Krise des rheinischen Kapitalismus bestimmt wurde, lebte die Debatte um deutsche zivile Opfer des Zweiten Weltkrieges erneut im Herbst 2002 durch die Veröffentlichung des Buches »Der Brand« von Jörg Friedrich auf.⁵ Der Historiker präsentiert nicht nur eine Monographie über die Bombardierung deutscher Städte durch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg, sondern prangert auch den Luftkrieg als rücksichtsloses Verbrechen gegen Zivilisten an. Die intensive Rezeption der Bücher von Grass und Friedrich, der kommerzielle Erfolg dieser Publikationen in Deutschland beunruhigt die Nachbarn. In Polen wird intensiv die Frage erörtert, wie grundlegend der Wechsel der Perspektive ist, mit der man in Deutschland den Zweiten Weltkrieg betrachtet, und welche Folgen diese Debatten für die Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn haben werden.⁶ Weit mehr noch waren die Nachbarn durch die Forderungen des Unionskanzlerkandidaten Edmund Stoiber nach der Aufhebung der Beneš- und der angeblichen Bierut-Dekrete in Tschechien und Polen beunruhigt. Zudem sprach sich Stoiber für die Realisierung des vom Bund der Vertriebenen (BdV) initiierten »Zentrums gegen Vertreibungen« in Berlin aus, in der Nähe der Holocaust-Gedenkstätte, ein Projekt, das auch

5 Vgl. Güntner, Joachim: Der Bombenkrieg findet zur Sprache. In: NEUE ZÜRCHER ZEITUNG vom 7./8.12.2002.

6 Vgl. Krasnodebski, Zdzisław: Polskie milczenie [Polnisches Schweigen]. In: RZECZPOSPOLITA vom 22./23.6.2002; Pięciak, Wojciech: Czy w polityce Niemiec wobec Polski pojawi się nowy ton? [Erscheint in der Politik Deutschlands Polen gegenüber ein neuer Ton?]. In: TYGODNIK POWSZECHNY 27/2002.

bei Sozialdemokraten Zustimmung fand. Dabei nahm Stoiber die Belastung der Beziehungen zu Polen und Tschechien bewusst in Kauf, um im harten Kampf um die Kanzlerschaft auf dem rechten politischen Flügel Punkte zu machen. Sieht so der deutsche Weg zur Normalität aus?, fragten sich viele polnische und tschechische Beobachter. Verdrängt die neue Debatte um zivile deutsche Opfer des Krieges die intensiven Auseinandersetzungen der letzten Jahre um die Shoah und die osteuropäischen Zwangsarbeiter? Schlägt das Pendel der Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte nun in die entgegengesetzte Richtung?

II.

Man darf die Grass-Novelle, den Streit um die Beneš-Dekrete und das Vertriebungszentrum nicht in einen Topf werfen und muss diese Debatten differenzierter betrachten. Mit seiner Novelle »Im Krebsgang« ist Grass sich treu geblieben. Auch diesmal versucht er konsequent »das Thema Nation von linker Seite zu besetzen, damit kein Vakuum entsteht«, um einer möglichen Vereinnahmung ziviler deutscher Opfer des Krieges durch rechte Nationalisten zuvorzukommen.⁷ Mit dieser Haltung steht Grass bisweilen vereinsamt da, denn manch ein Kritiker hält es für eine Illusion, mit dieser Strategie nationalistisches Denken zurückdrängen zu können. Die Vertriebenenverbände wiederum versuchen die von Grass ausgelöste Debatte für ihre politischen Ziele zu nutzen und sehen in der starken Resonanz auf die Grass-Novelle eine Bestätigung für das von ihnen initiierte »Zentrum gegen Vertreibungen«. Grass passt diese Vereinnahmung durch den BdV nicht, er hat sich erneut deutlich von der Politik der Vertriebenenfunktionäre abgegrenzt und wirft ihnen weiterhin vor, das Leid aufrechnen zu wollen. Seiner Ansicht nach unterschläge die BdV-Präsidentin Erika Steinbach, dass Deutsche mit dem Unrecht angefangen haben.

Mit seinem Werk stellt Grass das Deutungsmonopol der Vertriebenenverbände für das Leid der deutschen Ostflüchtlinge in Frage. In der aktuellen Vertreibungsdebatte wird nicht nur in Deutschland, sondern auch in Polen und Tschechien vergessen, dass der BdV nicht alle deutschen Familien

⁷ Falsche Folklore und erfundene Volkstänze. Gespräch mit Günter Grass, Michael Jeismann und Karl Schlögel. In: LITERATUREN 5/2002.

mit kulturellen Wurzeln im Osten repräsentiert. Viele von ihnen haben sich von den Vertriebenenverbänden abgewandt und arbeiten, wie auch Grass, seit über zwei Jahrzehnten in zahlreichen bilateralen Initiativen. Wer sich die Mitglieder der Deutsch-Polnischen Gesellschaften in der Bundesrepublik anschaut, wird dort oft auf Flüchtlinge aus dem Osten oder auf deren Kinder treffen. Der intensive kulturelle Dialog zwischen Deutschen und Polen, Tschechen und Deutschen wäre in den letzten Jahrzehnten ohne diese Vertreter der deutschen Vertriebenen nicht vorstellbar.

Im Gegensatz zu dieser Gruppe dialogbereiter Vertriebener ist der BdV, so die Ansicht des Historikers Karl Schlögel, an einer offenen Auseinandersetzung mit den Vertreibungen und auch mit der Rolle des BdV in den Beziehungen zu den östlichen Nachbarn Deutschlands nicht ernsthaft interessiert. Schlögel, der mit seinen Essays maßgeblich zur Wiederentdeckung des deutschen Kulturerbes in Ost- und Mitteleuropa beigetragen hat, beobachtet im BdV einen »intellektuellen Verarmungsprozess, eine Folklorisierung und Exotisierung«⁸. Den Vertriebenenfunktionären gehe es nur »um Namen, um Medienplatzierung und um die Mittel, die gleich wahnsinnig hoch angesetzt werden«. Schlögels Kritik am BdV, der innerhalb der Unionsparteien einen nicht zu unterschätzenden Einfluss besitzt, ist insofern interessant, als er ähnlich wie Grass dafür plädiert, die traumatischen Vertreibungserfahrungen eines großen Teils der Deutschen auch sechzig Jahre nach Kriegsende ernst zu nehmen und diesen Erfahrungen einen wichtigen Platz in der kollektiven Erinnerung der Deutschen einzuräumen. Kaltherzig und teilnahmslos sei man den Vertriebenen begegnet, auf der Seite der linksliberalen Intellektuellen, seit der neuen Ostpolitik auch von offizieller Seite. Schlögel will vor allem, dass endlich »den Erzählungen der Vertriebenen zugehört wird«⁹. Eine Forderung, die auch bei den Nachbarn, zumindest bei einem großen Teil der jüngeren polnischen Bevölkerung auf offene Ohren stößt, wie es Miłosz in seiner Wilnaer Rede deutlich gemacht hat. Tatsächlich besteht in dieser Frage zwischen Deutschen und Polen mittlerweile Konsens: Das Leid des Individuums erfordert Respekt, die gewaltsame Vertreibung der Deutschen sollte neben dem eigenen Opferschicksal Bestandteil der kollektiven Erinnerung sein. Zwar stimmen nicht alle Polen einer solchen Haltung zu, aber die von Miłosz in Wilna so pathetisch

8 Ebenda.

9 Burchard, Amory: Von der Vertreibung erzählen. In: DER TAGESSPIEGEL vom 13.12.2002.

geforderte »emotionale Wahrheit« stellt eines der wichtigsten Elemente des polnischen Kulturlebens nach 1989 dar. Davon zeugen nicht nur Werke der polnischen Literatur, wie die Romane von Stefan Chwin, Paweł Huelle oder Olga Tokarczuk, sondern auch das Engagement zahlreicher Initiativen, die deutsche Friedhöfe rekonstruieren, die in zahlreichen Ausstellungen und Publikationen an das deutsche kulturelle Erbe in Polen erinnern. Ein positives Signal ist auch das gestiegene Interesse polnischer Historiker an der Geschichte der ethnischen Säuberungen in Mitteleuropa. Begünstigt wurde dieser Prozess, vor allem die von Miłosz beschriebene neue Bereitschaft vieler Polen zur Empathie für das Schicksal deutscher Familien im Osten, durch die polnischen Familiengeschichten und Vertreibungserfahrungen, die eine Folge der Rassenpolitik des Dritten Reiches und der imperialen Politik Stalins waren. Wie tiefgreifend dieser Bewusstseinswandel in Polen ist, zeigen die Gesten der katholischen Kirche, aber auch einiger hoher Staatsvertreter gegenüber deutschen Vertreibungsoffern. Erinnerung sei hier zum Beispiel nur an die Bundestagsrede von Władysław Bartoszewski im Mai 1995.

Dieser deutsch-polnische Dialog über die Geschichte, dieser Versuch der Annäherung der kollektiven Erinnerung, ohne Aufrechnung und mit großem Gespür für die Gefahren von Relativierungen, wird aber leider immer wieder auf eine harte Probe gestellt. Polnische-seits muss festgestellt werden, dass die bahnbrechende Auseinandersetzung mit dem deutschen Kulturerbe die Populisten herausgefordert hat und nationalistische Mythen wieder aufleben lässt. Die Erfolge populistisch-xenophober Kräfte, wie »Samobrona« (Selbstverteidigung) oder »Liga Polskich Rodzin« (Liga der Polnischen Familien), machen diese Gefahr deutlich. Begünstigt wird der Nationalismus dieser populistischen Gruppierungen durch das Fortwirken des kommunistischen Erbes. Das moskautreue Regime in Warschau setzte in seiner Propaganda vier Jahrzehnte lang weniger auf internationalistische Formeln als vielmehr auf das Vokabular polnischer Vorkriegsnationalisten. Mit dieser Strategie verband man die Hoffnung, auf diesem Wege die politische Legitimität des kommunistischen Regimes zu sichern. Antideutsches sowie antisemitisches Gedankengut konnte so das politische Denken breiter Bevölkerungsschichten prägen, ein Erbe, das bis heute wirkt. Ein Problem, das in allen jungen, postkommunistischen Demokratien Mitteleuropas präsent ist. So wurde die Anfälligkeit für nationalistische Parolen auch in der innertschechischen Debatte um die Beneš-Dekrete deutlich, wo ein Graben entstand zwischen Politikern, die in Wahlkampfzeiten bereit waren,

nationalistische Töne anzuschlagen, und Intellektuellen und Historikern, die bereits im Exil und im antikommunistischen Untergrund die Komplexität der Vertreibungsthematik diskutiert hatten und mit diesem Problem maßvoller umgingen.¹⁰

Es darf aber nicht vergessen werden, dass die verbalen Entgleisungen tschechischer Politiker, wie etwa die Äußerungen von Ministerpräsident Zeman und Parlamentspräsident Klaus über die Sudetendeutschen, eine Reaktion auf die Restitutionsforderungen deutscher, ungarischer und österreichischer Politiker waren, die ebenfalls die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg für Wahlkampfszwecke zu instrumentalisieren versuchten. Aus deutscher Perspektive stellten die Reden von Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber vor den Vertriebenenorganisationen und die dabei geforderte Rücknahme der Beneš- und angeblicher Bierut-Dekrete einen wichtigen Einschnitt in der politischen Kultur des vereinigten Deutschlands dar. Denn bislang bestand bei den großen Volksparteien ungeschriebener Konsens darüber, Probleme der EU-Osterweiterung im Wahlkampf vorsichtig zu behandeln und keine Ängste und Vorurteile zu schüren. Das fatale Ausmaß dieser Politik wurde deutlich, als die konservative FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG mit Hilfe des renommierten polnischen Zeithistorikers Włodzimierz Borodziej nachweisen konnte, dass Stoibers Forderungen gegenüber Polen gegenstandslos seien, weil alle Verordnungen, die Deutsche diskriminierten, ihre Rechtsgültigkeit schon seit längerem verloren haben.¹¹

Polnische Außenpolitiker und Politikexperten beunruhigte die stille Allianz Stoibers mit dem ungarischen Premierminister Viktor Orban, der wiederum aus ungarischer Perspektive an die Vertreibung der Magyaren aus der Tschechoslowakei erinnerte und Wiedergutmachung forderte. Mit seinen Äußerungen belastete Orban nicht nur das Verhältnis Ungarns zu seinen Nachbarstaaten, sondern lähmte auch die Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten im Rahmen der Visegrád-Initiative. Auch wenn Orban und Stoiber mit ihrer Strategie wenig Erfolg hatten und sich andere Themen

10 Eine Darstellung der aktuellen tschechischen Vertreibungsdebatte ist im folgenden Text zu finden: Ackermann, Ulrike: Vergessen zugunsten der Zukunft? Zur Debatte über Vertreibungen. In: MERKUR, November 2002.

11 Eine umfassende Darstellung der Rechtslage ist nachzulesen im folgenden Artikel: Borodziej, Włodzimierz: »Bierut-Dekret«? Gesetze, die Deutsche diskriminieren, haben in Polen längst ihre Rechtskraft verloren. In: Deutsch-Polnisches Magazin DIALOG 61/2002.

für die deutschen und ungarischen Wähler als relevanter erwiesen, ist der Schaden ihrer politischen Rhetorik noch nicht beseitigt. Nach Ansicht des französischen Historikers Jacques Rupnik haben die Ereignisse dieses Jahres ein Anwachsen national-populistischer Politik gezeigt. In Wahlkampfzeiten wird dies nur allzu deutlich. Langfristig sieht Rupnik die Gefahr, dass das mitteleuropäische Kooperationsmodell und seine Integration in die EU zerbricht und der »alpine Populismus« sich auch weiter östlich breit macht: »Er lässt sich als eine Mischung aus Populismus, Klientelismus und Verstrickung von Staat und politischen Parteien beschreiben, eine politische Kultur, die das Erbe der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie mitschleppt, aber auch ein Echo der dreißiger Jahre darstellt, die der britische Historiker Hugh Seton Watson als »privaten Bürgerkrieg« der mitteleuropäischen Nationen beschrieb. [...] Indes sollten diese Vergangenheitsbezüge nicht das Neuartige des alpinen Populismus und seiner mitteleuropäischen Variante verdecken. In den dreißiger Jahren wandten sich die radikalisierten nationalistischen Rechtsparteien an die Verlierer der Wirtschaftskrise. Der Populismus von heute hingegen – Berlusconi/Bossi in Italien, Blocher in der Schweiz, Haider in Österreich, Stoiber als mildere Variante in Deutschland und die Nacheiferer Klaus und Orban in Prag und Budapest – richtet sich an die wohlhabenderen Mittelschichten, an die Gewinner der Marktwirtschaft. Daher auch jene Kombination von ökonomischer Modernität und Schollenverbundenheit, von »Laptop und Lederhosen«, von international wettbewerbsfähigem Kapitalismus und Abschottung gegen die »Gefahren« der Einwanderung, von saturiertem Egoismus und Schimpftiraden gegen die Brüsseler Bürokratie.«¹²

Der von Rupnik beschriebene »alpine Populismus« fördert die Renationalisierung des Geschichtsbildes. Im Zusammenhang mit der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg führt er dazu, dass in Italien, Österreich, Deutschland oder Ungarn erneut der Versuch unternommen wird, sich vom eigenen Vergangenheitskomplex zu befreien und im Falle Italiens oder Deutschlands mit dieser Strategie das Land wieder als Machtfaktor auf dem internationalen Parkett zu positionieren. Eine große Gefahr, so Rupnik, gehe von diesen Kräften dann aus, wenn sie versuchen, das Potsdamer Abkommen vom August 1945 und damit den rechtlichen Rahmen für die europäische

¹² Rupnik, Jacques: Das andere Mitteleuropa. Die neuen Populisten und die Politik der Vergangenheit. In: TRANSIT 23/2002, S. 119.

Nachkriegsordnung grundsätzlich in Frage zu stellen: »In den dreißiger Jahren war für ein gewisses Mitteleuropa die ›Ordnung von Versailles‹ der Anfang allen Übels. Heute wäre es Potsdam.«

Auch Władysław Bartoszewski warnte jüngst davor, das Potsdamer Abkommen für aktuelle politische Auseinandersetzungen zu instrumentalisieren. Es sei schließlich auch unsinnig, ständig den Versailler Vertrag anzuprangern: »Viele Völker in Europa, deren Regierungen nach dem Ersten Weltkrieg den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, leben heute in guter Nachbarschaft. Was nicht bedeutet, dass alle die Bestimmungen dieses Vertrags für richtig und gerecht halten. Viele Historiker, nicht nur deutsche, sehen im Vertrag von Versailles einen Grund für das Unglück, das später für Europa gekommen ist. Will deshalb jemand den Vertrag von Versailles rückwirkend aufheben? Oder sollten wir bei der rechtlichen Rekonstruktion der Vergangenheit, beim Aufrechnen der Ansprüche ganzer Generationen, bei den Teilungen Polens beginnen? Damit kämen wir sicherlich in das Guinness-Buch der Rekorde: mit einem Rekord an Dummheit.«¹³

Die Kritik am Potsdamer Abkommen ist heute sicherlich zweischneidig. Denn das Abkommen bedeutete auch für die Polen die endgültige Anerkennung der Besetzung der östlichen Gebiete des Landes durch die Sowjetunion und damit der Vertreibung der polnischen Zivilbevölkerung aus Osteuropa. Ohne Zweifel verfolgten nicht nur die Sowjets, sondern auch die Westalliierten in Potsdam gemeinsam das politische Ziel, in Mitteleuropa homogene Nationalstaaten zu schaffen, wobei Massenumsiedlungen bewusst in Kauf genommen wurden. Dennoch ist die Kritik an Potsdam für viele Polen problematisch. Denn wer im Potsdamer Abkommen den Ausgangspunkt für die Massenumsiedlungen von Polen, Deutschen, Ungarn und anderen Völkern sieht, denkt historisch zu kurz. Die unterschiedlichen Bewertungen des Potsdamer Abkommens wurden auf einem Podium über Vertreibungen, das Anfang Dezember 2002 in Berlin stattfand, noch einmal ganz deutlich sichtbar. Als Peter Glotz das Potsdamer Abkommen als Ausgangspunkt von Vertreibungen, nicht nur der Deutschen und der Polen, bezeichnete, kam sehr schnell das Veto des Danziger Schriftstellers Stefan Chwin. Chwin, dessen Romane beispielhaft für die Empathie der Polen für das Schicksal deutscher Zivilisten sind, wehrte sich gegen die Konsensformel »Wir sind

¹³ Bartoszewski, Władysław: Die Benes-Dekrete sind Geschichte. In: DIE WELT vom 10.5.2002.

alle Vertriebene«. Hinter dieser Oberfläche drohe der historische Kontext zu verschwinden. Zwischen seiner Mutter, die nach dem Warschauer Aufstand von den Deutschen vertrieben wurde, und den Deutschen, die von den Polen aus Danzig vertrieben wurden, bleibe durchaus ein Unterschied. »Ich muss meine Mutter verteidigen.«

III.

Wie sich in den letzten Monaten gezeigt hat, fördern die Kritik einzelner deutscher Politiker und Intellektueller am Potsdamer Abkommen sowie die Restitutionsforderungen deutscher Vertriebener nicht das Vertrauen in die deutsch-polnische Werte- und Interessengemeinschaft, sie beflügeln eher die nationalistischen Skeptiker. Die neue »Unbefangenheit« mancher deutschen Politiker ist Wasser auf die Mühlen der polnischen Nationalisten, vor allem im Vorfeld des polnischen EU-Referendums. Herrschte noch Mitte der neunziger Jahre unter den Enthusiasten der deutsch-polnischen Versöhnung die Hoffnung, dass sich Deutsche und Polen immer mehr von ihren nationalen Stereotypen befreien würden und sich die kollektiven Gedächtnisse, vor allem in der Frage der Bewertung des Zweiten Weltkrieges und seiner Folgen, annähern würden, so sind heute die vielen besorgten Stimmen, die eine neue Entfremdung zwischen den Nationen konstatieren, nicht zu überhören. Nach Ansicht von Janusz Reiter habe die Polemik um die Vertreibungen leider gezeigt, wie oberflächlich der deutsch-polnische Dialog noch sei. Reiter äußerte sogar die Angst, dass sich in Deutschland ein renationalisiertes Geschichtsbild entwickeln könne, in dem sich die Polen nicht wiedererkennen.¹⁴

Der Danziger Schriftsteller Paweł Huelle teilte die Einschätzung Reiters und zeigte sich äußerst besorgt über die Folgen der Politik Stoibers und Orbans. Auch schonte Huelle nicht die BdV-Vorsitzende Steinbach. Die von ihr formulierten Restitutionsansprüche könnten, durch die Hintertür, aber ungewöhnlich erfolgreich, eine Neuinterpretation der Nachkriegsordnung in der europäischen Politik wieder salonfähig machen. Es wäre schrecklich, so Huelle, wenn die Ideen von Steinbach in den Parlamenten Polens, Litauens und der Ukraine auf fruchtbaren Boden stießen.

¹⁴ Unnötige Polemik. Gespräch mit Janusz Reiter. In: DER SPIEGEL vom 1.7.2002.

Aber es sind nicht nur vom BdV aufgeworfene Restitutionsfragen, die Reiter, Huelle und andere Polen beunruhigen, sondern auch Formen der Erinnerung, wie das vom BdV vorgeschlagene »Zentrum gegen Vertreibungen« in Berlin. Um diesen Vorschlag hat sich in den letzten Monaten eine intensive Debatte entwickelt. Nach Ansicht von Janusz Reiter werde mit diesem Projekt ein tragisches Kapitel der deutsch-polnischen Beziehungen dokumentiert und somit das im kulturellen Bereich sehr produktive Zusammenleben der Deutschen mit ihren östlichen Nachbarn verdrängt.

Im Zusammenhang mit Steinbachs Zentrums-Projekt stellt sich auch die bange Frage, ob sich der BdV nach dem Ende des Kalten Krieges nicht eine neue Existenzberechtigung sucht, um sich so die Finanzierung durch die Bundesregierung langfristig zu sichern. Außerdem ist anzunehmen, dass der BdV mit diesem Projekt versuchen will, die Vertreibungen der Deutschen im nationalen Gedächtnis neben der Schoah zu positionieren. In Erika Steinbachs Artikeln wird der Versuch deutlich, das Leid der deutschen Zivilisten auf eine Stufe mit der Vernichtung der Juden zu stellen. Dieser Eindruck entsteht, wenn man in Steinbachs Texten von einem »Vernichtungslager für Millionen von Deutschen« liest.¹⁵

In Steinbachs Zentrums-Konzeption fehlt das Bewusstsein dafür, dass das Dritte Reich bereits 1939 mit den ethnischen Säuberungen, der Vernichtung der Juden sowie der Vertreibung der Slawen aus Mitteleuropa begonnen hat. Die rassistische Eroberungspolitik wurde für die Deutschen zum Bumerang; sie vernichtete das deutsche Kulturerbe in Mittel- und Osteuropa. Im Schatten der »Rache« gegen die Deutschen führten die kommunistischen Regierungen andere ethnische Säuberungen durch, deren Opfer auch Polen oder Ukrainer waren. Diese Logik der Interpretation des Zweiten Weltkrieges ist in der Konzeption des BdV nicht erkennbar.

Obwohl Steinbachs Zentrums-Projekt umstritten ist, fand es auch außerhalb der Unionsparteien Zustimmung. Die ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien führten zu einem Bewusstseinswandel auch liberaler sowie linker Politiker und Intellektueller. Gerade im Schatten der Tragödie auf dem Balkan konnte Erika Steinbach auch unter Sozialdemokraten prominente Unterstützung für ihr Projekt gewinnen.

Trotz dieses parteiübergreifenden Interesses für den Steinbach-Vorschlag

15 Steinbach, Erika: Auch nach dem Krieg dauerte die Unmenschlichkeit an. In: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8.5.2000.

war man sich unter Grünen und Sozialdemokraten schnell einig, dass Berlin möglicherweise nicht der geeignete Ort für ein solches Zentrum sei und diese Einrichtung weniger die deutsche Perspektive auf die Vertreibungen exponieren, sondern die europäische Dimension des Problems dokumentieren sollte. Die rot-grüne Regierungskoalition lehnte das von der Union favorisierte Steinbach-Projekt ab und beschloss im Bundestag, einen europäischen Dialog über Sinn und Inhalt eines möglichen Zentrums gegen Vertreibungen zu initiieren. Das bedeutet nicht viel, ist diplomatisch aber die einzig kluge Entscheidung. Denn die meisten Historiker und Intellektuellen stehen dem Steinbach-Vorschlag kritisch gegenüber, meinen aber gleichzeitig, dass das Vertreibungsthema Aufmerksamkeit verdiene. Zweifelsohne hat die Idee vom ethnisch homogenen Nationalstaat in Verbindung mit autoritären Regimen fatale Folgen für den europäischen Kontinent gehabt. Unbestritten ist, dass es eine wichtige Aufgabe für die europäischen Eliten ist, alles zu tun, um die europäischen Nationalstaaten von diesem Denken zu befreien.

Unabhängig voneinander haben der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel und die polnischen Publizisten Adam Michnik und Adam Krzemiński Breslau als Ort für ein solches Zentrum vorgeschlagen. Weit mehr als in Berlin könnten in Breslau die Folgen der Vertreibungen deutlich gemacht werden. In dieser ehemals deutschen Stadt mit einer großen jüdischen Gemeinde leben heute viele zwangsumgesiedelte Polen und Ukrainer. Rund um den deutsch-polnischen Dialog könnten in Breslau auch andere europäische Schicksale dokumentiert werden, so Meckel, Michnik und Krzemiński. Anklang fand dieser Vorschlag auch bei Günter Grass und dem britischen Historiker Norman Davies. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, die Historikerin Angelica Schwall-Düren, hat kürzlich sogar vorgeschlagen, in einem europäischen Zentrum gegen Vertreibungen nicht nur die ethnischen Säuberungen der Vergangenheit zu dokumentieren und die Einrichtung als Ort des Gedenkens zu nutzen. Diese Einrichtung sollte nach Ansicht von Schwall-Düren auch eine aktive politische Rolle spielen und durch Schaffung eines Frühwarnsystems neue ethnische Konflikte lokalisieren.¹⁶

¹⁶ Schwall-Düren, Angelica; Kai Lingen: Die Fähigkeit, gemeinsam zu trauern. Zur deutsch-polnischen Debatte um ein Zentrum gegen Vertreibungen. In: Deutsch-Polnisches Magazin DIALOG 61/2002.

Eine andere Gruppe von Akteuren der deutsch-polnischen Verständigung zeigte sich skeptisch, ob überhaupt eine Einrichtung benötigt wird, die die Aufgaben der Forschung, Dokumentation und Erinnerung erfüllt.¹⁷ Nach Meinung dieser Kritiker wird die Erforschung der Vertreibungen bereits von zahlreichen deutschen und polnischen Institutionen geleistet. Anstatt neue Institutionen zu schaffen, sollten die chronisch unterfinanzierten Einrichtungen und Initiativen, die sich mit diesem Thema befassen, gestärkt werden. Das Defizit in den polnisch-deutschen Beziehungen bestehe nicht im Mangel an Institutionen, die sich mit den Vertreibungen beschäftigen, sondern vielmehr darin, dass das Schulsystem das heutige historische Wissen den jungen Leuten nur mangelhaft vermittelt. Skeptisch äußerten sich auch einige Experten, so z.B. der Journalist Klaus Bachmann, ob es gelingen könnte, unter dem Dach einer solchen Einrichtung in der Interpretation des Zweiten Weltkrieges und seiner Folgen einen breiten übernationalen Konsens, quasi ein europäisches kollektives Gedächtnis, zu erreichen und es in Form einer Ausstellung zu präsentieren.¹⁸

Bei aller Kritik an der Idee eines Zentrums gegen Vertreibungen scheint unter vielen Historikern die Bereitschaft zu einem tieferen Dialog über den Sinn und die Form einer solchen Einrichtung zu bestehen. Das hat ganz deutlich eine vom 5. bis zum 7. Dezember 2002 vom Deutschen Polen-Institut in Darmstadt organisierte wissenschaftliche Tagung zu diesem Thema gezeigt. Ohne politischen Auftraggeber versuchten in Darmstadt europäische Historiker den vom Bundestag geforderten internationalen Dialog über ein mögliches Zentrum zu verwirklichen.¹⁹ Ob die während dieser Tagung formulierten Denkanstöße von der Politik aufgegriffen werden, bleibt noch abzuwarten.

17 Deutsche Unfähigkeit zum besonnenen Diskurs über die Geschichte. Kritische Anmerkungen zur Diskussion um das »Zentrum gegen Vertreibungen«. In: FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 4.7.2002.

18 Bachmann, Klaus: Więcej pokory [Mehr Demut]. In: RZECZPOSPOLITA vom 8.7.2002.

19 Presseerklärung des Deutschen Polen-Instituts zum internationalen wissenschaftlichen Kolloquium »Ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen. Historische Erfahrungen – Erinnerungspolitik – Zukunftsoptionen«. Darmstadt, 7.12.2002.

IV

Im Zusammenhang mit der Debatte um das »Zentrum gegen Vertreibungen« tauchte erneut der vor einigen Jahren von Janusz Reiter aufgeworfene Vorschlag eines Museums der deutsch-polnischen Beziehungen in Berlin auf.²⁰ Steinbachs Zentrums-Vorschlag kann, wie schon vorher erwähnt, nicht losgelöst von der in der Hauptstadt des vereinigten Deutschlands entstehenden Topographie der Erinnerung bewertet werden. Ein zentraler Ort der Erinnerung wird unbestritten das Holocaust-Denkmal in der Nähe des Brandenburger Tores sein. Neben diesem Gedenkort erinnern vor allem das Jüdische Museum, die Neue Synagoge-Centrum Judaicum, das Zentrum »Topographie des Terrors«, das Haus der Wannseekonferenz und andere kleinere Denkmäler an die Vernichtung der europäischen Juden. Von polnischer Seite ist oft die Sorge zu hören, dass sich die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und den NS-Terror zusehends alleine auf die Schoah konzentriert und andere Opfergruppen der NS-Ideologie, so auch die polnische Nation, aus dem Gedächtnis der Deutschen verschwinden. Reiter plädierte 1999 für einen Ort, an dem die Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen sichtbar werde, wodurch die kollektive Erinnerung der Deutschen erweitert werden könnte. Ein Ort der Mahnung, an dem an die Verbrechen erinnert wird, aber auch eine in die Zukunft blickende Institution, die an das friedliche Zusammenleben der Völker erinnern und den langen Weg der Versöhnung nach 1945 würdigen sollte.

Reiters Vorschlag hat nichts an Aktualität verloren und könnte vor allem dazu genutzt werden, um den in Deutschland immer stärker auftretenden Defiziten in der Kenntnis der polnischen Geschichte und der deutsch-polnischen Beziehungen entgegenzutreten. Wie Adam Krzemiński prägnant feststellte, ist das Problem der Erinnerung eng mit den Geschichtskenntnissen verbunden: »Polen ist im deutschen Bewusstsein kein ›schwarzes Loch‹ mehr, kein ›Saisonstaat‹ und keine ›verspätete Nation‹, doch geschichtliche Tiefe hat es im deutschen Bewusstsein nicht.«²¹

Dieses Problem kam in Deutschland ganz deutlich im Zusammenhang

20 Vgl. Reiter, Janusz: Polska w Berlinie [Polen in Berlin]. In: RZECZPOSPOLITA vom 2.7.1999.

21 Krzemiński, Adam: Wie sich die Völker erinnern. In: Kobylińska, Ewa und Andreas Lawaty (Hrsg.): erinnern, vergessen, verdrängen. Polnische und deutsche Erfahrungen. Wiesbaden 1998, S. 93.

mit der Debatte um die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern zum Vorschein, als viele junge Menschen das Problem zunächst nur mit jüdischen Opfern assoziierten und im Verlauf der Debatte erkennen mussten, wie vielfältig die Opfergruppen des NS-Rassismus waren und wie stark auch nichtjüdische Polen vom NS-Terror betroffen waren. Das positive Ergebnis dieser Debatte war sowohl eine Intensivierung der Auseinandersetzung der Deutschen mit nichtjüdischen Opfern als auch eine vermehrte Diskussion über die Beteiligung deutscher Unternehmen an der NS-Politik.

Nicht nur die Debatte um NS-Zwangsarbeiter, auch der Streit um die Verbrechen der Wehrmacht und Goldhagens Antisemitismus-Thesen haben gezeigt, dass das Interesse an der Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich in Deutschland seit der Vereinigung nicht gesunken, sondern eine neue Intensivierung erfahren hat. Auch gab es kaum eine relevante politische Debatte im vereinigten Deutschland, sei es um die Außenpolitik oder auch um die politische Kultur des Landes, die frei vom Gedanken an die Vergangenheit debattiert worden wäre. Ob es um den militärischen Einsatz im Kosovo oder um die Befindlichkeit der Deutschen ging, kaum ein Thema wurde und wird ohne den Schatten des Dritten Reiches thematisiert.

Die starke Präsenz der NS-Vergangenheit in den deutschen politischen und geistigen Debatten zu erklären ist nicht einfach, denn es gibt unterschiedliche Gründe für die Präsenz der Geschichte in den politischen Debatten und wohl auch unterschiedliche Motivationen unter denen, die sich auf die Vergangenheit beziehen. Wichtig ist festzuhalten, dass die Vereinigung Deutschlands dem Land die Chance eröffnete, befreit vom ideologischen Ballast des Zweiten Weltkriegs und seiner Folgen über die Zeit zwischen 1933 und 1945 zu debattieren. Die intensive Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich ist ein wichtiger Prozess beim Entstehen eines kollektiven Gedächtnisses der Deutschen, einer wichtigen Grundlage für die innere Einheit. In diesem Zusammenhang stellte der Frankfurter Journalist Matthias Arning zutreffend fest: »In den neunziger Jahren spielt nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten [...] die geschichtsphilosophische Konstellation eine wesentlich größere Rolle als noch in der alten Bundesrepublik und der vergangenheitspolitisch im wesentlichen auf den Mythos des Antifaschismus gegründeten DDR. Im Hinblick auf die Verortung der ›Berliner Republik‹ bekommt die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit eine zentrale Bedeutung. Der Nationalsozialismus ist seitdem der Bezugspunkt für den Versuch, für eine gemeinsame – ost- wie westdeutsche – Erinne-

rungskultur als Basis eines künftigen Selbstverständnisses Schnittmengen zu bilden.«²²

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Dritten Reich fällt es den Deutschen verständlicherweise nicht leicht, eine neue nationale Identität, die viel beschworene innere Einheit zu finden. »Wir haben Schwierigkeiten mit diesem ›Wir‹, wir Deutsche«, schrieb vor kurzem der ostdeutsche SPD-Politiker und Philosophieprofessor Richard Schröder. Deutschland müsse sich, so Schröder, wie kein anderes Land in Europa vor zwei Sonderwegen hüten, der Selbstvergrößerung und der Selbstverkleinerung. Beides, nicht nur der Größenwahn, stifte Misstrauen, weil die Nachbarn auch Leistungen entsprechend der tatsächlichen deutschen Potenz erwarteten. »Dass wir uns mit dieser Einsicht so schwer tun«, so Schröder, »liegt nicht zuletzt an der Gegenwart der Vergangenheit. Denn diese anzuerkennen, ohne dass sie zum Klotz am Bein auf dem Weg zur Mündigkeit wird und als Ausrede dient – das ist noch nicht geleistet.«²³

Die zentrale Bedeutung der NS-Vergangenheit für das kollektive Bewusstsein der Deutschen ist auch eine Folge der Globalisierung des Gedächtnisses an die Shoah und die Verbrechen des Dritten Reiches. Nach Ansicht des Journalisten und Historikers Michael Jeismann wurde in den neunziger Jahren der Holocaust zum Bestandteil der internationalen Politik und Rhetorik und »Auschwitz« zum Losungswort einer neuen weltweiten Interventionspolitik. Die deutsche Vergangenheit sei von den USA, aber auch von Deutschland sowohl symbolisch als auch politisch genutzt worden, um deren umstrittene Interventionspolitik zu stützen. In der »Weltinnenpolitik« verkörpere die nationalsozialistische Vergangenheit, so Jeismann, das Böse; er zitiert dabei den Historiker und Hitler-Biographen Joachim Fest, der unlängst das ungebrochene Interesse für das Dritte Reich zu begründen versuchte: »Hitler ist eine Verkörperung des Bösen, gewiss nicht die einzige. Aber die Menschen brauchen eine vorstellbare Figur, um das Unglück,

22 Arning, Matthias: Späte Abrechnung. Über Zwangsarbeiter, Schlussstriche und Berliner Verständigungen. Frankfurt am Main 2001, S. 14.

23 Zitat entnommen aus: Trenkner, Joachim: Die Gegenwart der Vergangenheit. Welche Rolle spielt die deutsche Geschichte in den öffentlichen Debatten der Bundesrepublik heute? In: Deutsch-Polnisches Magazin DIALOG 61/2002.

das ihnen wiederfährt, einordnen zu können. [...] Deswegen, so denke ich, hat er noch eine lange Karriere vor sich.«²⁴

Die Konfrontation der Menschenrechtspolitik mit der NS-Vergangenheit auf internationaler Ebene hat nicht nur zu einer Intensivierung des Interesses am Dritten Reich geführt, sondern auch das Interesse der Deutschen auf die eigenen zivilen Opfer des Zweiten Weltkrieges gelenkt. Diese Entwicklung wird von den Nachbarn nicht ohne Sorge beobachtet. So sieht Jacques Rupnik die zum Menschenrechtsdiskurs übergewechselte liberale Linke in Deutschland auf die folgende Falle zusteuern: »Weil sie die Vergangenheit, den Ausgang des Zweiten Weltkrieges und die Niederlage Hitler-Deutschlands eingeschlossen, partout an der Elle der europäischen Menschenrechtsnormen des 21. Jahrhunderts messen will, läuft sie Gefahr, Geschichte grundsätzlich misszuverstehen bzw. sich auf Geschichtsdeutungen einzulassen, die von revisionistischen Geschichtsbildern nicht weit entfernt sind. Das erlittene Leid der Vertriebenen soll hier keineswegs in Abrede gestellt werden. Muss man aber, wie derzeit praktiziert, ein Gleichheitszeichen setzen zwischen Sudetendeutschen, Palästinensern und Kosovaren bzw. zwischen Hitler, Sharon und Milošević? Die Bilder der Medien und die dadurch erzeugten Emotionen suggerieren eine Ähnlichkeit, die weder auf den historischen Kontext noch auf die politische Problematik zutrifft.«

Mag sein, dass manch ein Deutscher, egal, ob Ex-68-er oder Konservativer, davon träumt, Deutschland werde in die »internationale Opferkultur eintreten« (NEUE ZÜRCHER ZEITUNG). Möglicherweise ist das verstärkte Interesse für die eigenen Opfer auch Ausdruck dessen, dass die Erinnerung an die eigene Täterschaft weitgehend im historischen Gedächtnis der Deutschen verankert ist (Wolfgang Sofsky).

Unabhängig von der Interpretation der deutschen Geschichtsdebatten wird hier aber deutlich erkennbar, dass sich die Gedächtniskulturen der Deutschen und ihrer Nachbarn unterschiedlich entwickeln. Schon Mitte der neunziger Jahre beobachtete der Historiker Rudolf Jaworski im deutsch-polnischen Kontext stark unterschiedliche Tendenzen in den Gedächtniskulturen. Seit 1990 sei in Deutschland, so Jaworski, eine »selbstbestätigende Rückbesinnung auf die nun gleichsam wiedervereinigte deutsche Geschichte ebenso unverkennbar wie eine zunehmende Geschichtsmüdigkeit im post-

24 Jeismann, Michael: Auf Wiedersehen Gestern. Die deutsche Vergangenheit und die Politik von morgen. Stuttgart 2001, S. 191.

kommunistischen Polen«. Die Polen seien seit der Wende, so Jaworski, stärker gegenwarts- und zukunftsbezogen als noch vor 1989, während sich umgekehrt die Deutschen wieder »selbstbewusst ihrer früher eher verdrängten oder sogar verleugneten Geschichte« zuwendeten.

Jaworski warnte vor gut gemeinten Versuchen, ein gemeinsames deutsch-polnisches Geschichtsbild anzustreben. Erfolg sah er nur darin, bei Deutschen und Polen die Bereitschaft zu wecken, auch solche historischen Sichtweisen zu respektieren, die vom eigenen Geschichtsbild abweichen und dieses relativieren: »Dass Deutsche und Polen sich unterschiedlich erinnern, gerade wenn sie sich auf dieselben historischen Ereignisse und Sachverhalte beziehen, wird sich wohl auch in Zukunft nicht gänzlich vermeiden lassen, da sich unterschiedlich erlebte und tradierte Geschichte nicht nachträglich auf einen Nenner bringen lässt. Das schließt Durchbrüche in Einzelfragen keinesfalls aus.«²⁵

V.

Der Berliner Schriftsteller und Jurist Bernhard Schlink hat sich jüngst im Zusammenhang mit der Debatte um die Gegenwart der Vergangenheit kritisch mit dem deutschen Begriff der »Vergangenheitsbewältigung« auseinandergesetzt. Nach Ansicht von Schlink wecke dieser Begriff die illusorische Hoffnung, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit könne bei intensiver Arbeit abgeschlossen werden. Bewältigen könne man, so Schlink, im ursprünglichen und eigentlichen Sinn Aufgaben; sie stehen zunächst vor uns, werden dann bearbeitet und sind schließlich erledigt und bewältigt. Dann sind wir sie los. Das Wort »Vergangenheitsbewältigung« wecke falsche Hoffnungen, die Hoffnung auf Befreiung von der Erinnerung durch intensives Erinnern. Es könne aber, so Schlink, keinen Anspruch darauf geben, dass die andere Seite bei tüchtiger deutscher Vergangenheitsbewältigung ihrerseits die Vergangenheit ruhen lasse. Die Enttraumatisierung geschehe zugleich im Dialog und je für sich, und die eine Seite müsse nicht warten, bis sie auf der anderen Seite gelingt. Die Deutschen müssten akzeptieren,

²⁵ Jaworski, Rudolf: Kollektives Erinnern und nationale Identität. Deutsche und polnische Gedächtniskulturen seit Ende des Zweiten Weltkrieges. In: Kobylińska/Lawaty (wie Anm. 21), S. 49.

dass es keine Befreiung von der Auseinandersetzung mit den traumatischen Seiten der Geschichte gebe, keine Bewältigung, aber es gebe ein bewusstes Leben mit dem, was die Vergangenheit gegenwärtig an Fragen und Emotionen auslöst.²⁶

Zukunft lässt sich wohl ohne die Erinnerung an die Vergangenheit nicht gestalten. Daran erinnerte auch Günter Grass in seiner Wilnaer Rede, in der er davor warnte, den langen Schatten der Geschichte zu übersehen, die Gegenwart der Vergangenheit zu unterschätzen, egal, ob im Dialog mit den Nachbarn oder im deutschen Selbstgespräch: »Wenn wir Zukunft planen, hat die Vergangenheit im angeblich jungfräulichen Gelände bereits ihre Duftmarken hinterlassen und Wegweiser gepflockt, die in abgelebte Zeiten zurückführen.«²⁷

26 Schlink, Bernhard: Auf dem Eis. In: SPIEGEL SPEZIAL (Die Gegenwart der Vergangenheit) 1/2001, S. 20f.

27 Grass (wie Anm. 1), S. 32.